

Die bayerische Wirtschaft

Halbjahresbericht 1/2023

vbw

www.vbw-bayern.de

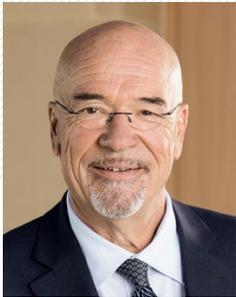
Berichtszeitraum

**November 2022 bis
April 2023**

Editorial	02
Energiemix der Zukunft	03
Die wirtschaftliche Lage in Bayern	05
Handelsabkommen als geopolitische Strategie	07
Sustainable Finance	09
Digitale Netze	10
Sozialversicherungssysteme zukunftsfähig gestalten	11
Zuwanderung als Baustein zur Arbeitskräfte- und Fachkräftesicherung	12
Vier-Tage-Woche – Freiwilligkeit ist der Schlüssel	13
Neues aus den Verbänden	14
In den Medien	16
Aus den Regionen	17
vbw Gremium	19
Impressum	20

Editorial

Warten auf den Konjunktur- aufschwung



Wolfram Hatz
Präsident



Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer

Wir erleben flächendeckend in allen Branchen und Regionen einen Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel.

In der Wirtschaft bleiben die ökonomischen Stimmungsindikatoren unterkühlt, konjunkturell treten wir auf der Stelle. Aller Voraussicht nach wird die bayerische Wirtschaft im Jahr 2023 stagnieren.

Das hat damit zu tun, dass sich bestehende Lieferengpässe nur langsam auflösen. Zudem kämpfen wir nach wie vor mit einer hohen Inflation. Die wesentliche Ursache für die verhaltenen Prognosen ist aber die anhaltende Energiekrise, die uns Putins Angriffskrieg auf die Ukraine beschert hat. Verknappung und Verteuerung verhindern allzu häufig, dass sich heimische Firmen entfalten können.

Der zweite zentrale Grund ist der eklatante Mangel an Fach- und Arbeitskräften. Dafür mitverantwortlich ist, dass die Binnenzuwanderung aus anderen Ländern der Bundesrepublik nach Bayern allmählich ausgeschöpft ist. Neben der Aktivierung heimischer Potenziale brauchen wir daher flankierend eine gezielte Zuwanderung aus Drittstaaten. Als vbw eröffnen wir ein Verbindungsbüro in Albanien. Wir werden uns vor Ort um Arbeits- und Fachkräfte bemühen. Die Westbalkanregelung wird uns dabei helfen, weil sie eine leichtere Zuwanderung ermöglicht.

Ideen gegen die strukturellen Herausforderungen unseres Standorts muss auch die Politik liefern. In den letzten Monaten vor der bayerischen Landtagswahl werden wir bei zahlreichen Diskussionsveranstaltungen gründlich „abklopfen“, wie die Parteien unseren Standort auf Temperatur bringen wollen. Denn es wird Zeit, dass auch die Wirtschaft wieder an Substanz gewinnt.

Wolfram Hatz
Präsident

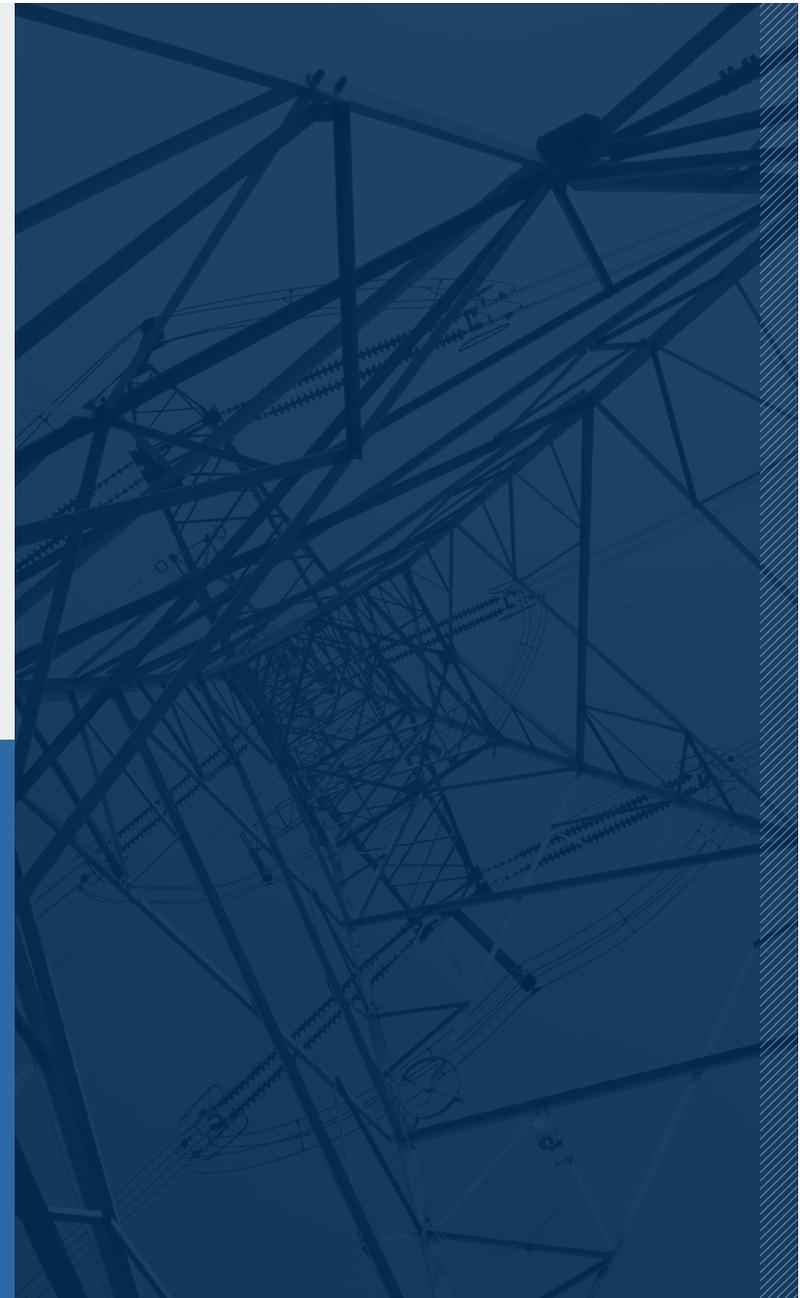
Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer

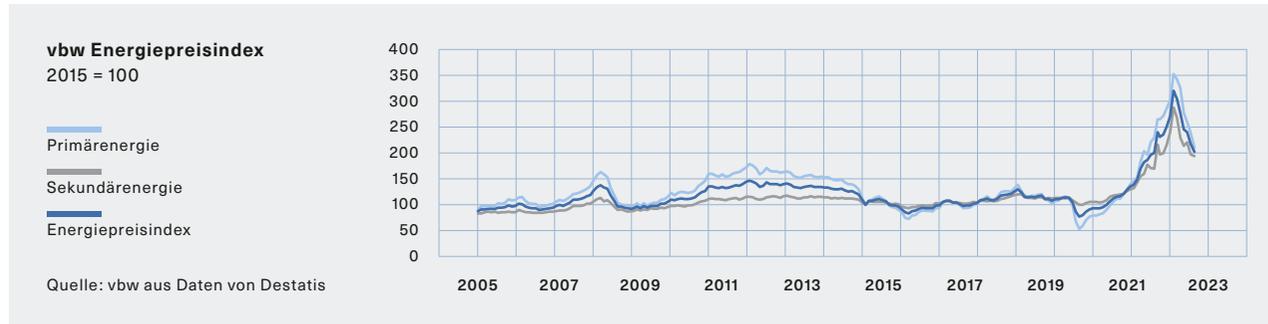
Der Energiemix der Zukunft

Deutschland und Bayern stehen vor einer großen energiewirtschaftlichen Herausforderung.

Die Abkehr von der Kernenergie, eine deutlich steigende Stromnachfrage und der dringend notwendige, schnellere Ausbau der erneuerbaren Energien bringen komplexe Problemstellungen mit, um Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gleichermaßen zu gewährleisten.

In unserem 11. Monitoring der Energiewende (Januar 2023) wurde die Bezahlbarkeit wie bereits im Vorjahr negativ bewertet und ist noch einmal schlechter geworden. Die zuletzt positive Entwicklung bei den Treibhausgasemissionen durch Corona-Effekte ist nicht mehr sichtbar. Die Studie verdeutlicht, dass wir uns beim Umbau des deutschen Energiesystems keine Durchhänger mehr erlauben dürfen. Gefragt ist Tempo, Tempo, Tempo.





Der Energiemix der Zukunft wird durch die Diversifizierung von Energiequellen und die Vernetzung mit anderen Ländern geprägt sein, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen und auf Schwankungen besser reagieren zu können. Entscheidend ist zunächst, dass bis 2030 der gesamte bis dahin geplante Stromnetzausbau auch tatsächlich abgeschlossen ist. Dies beinhaltet sowohl die großen Übertragungsleitungen als auch regionale Verteilnetze. Sie müssen so modernisiert und gestärkt werden, dass erneuerbare Energien problemlos angeschlossen, eingespeist und gespeichert werden können. Intelligente Stromnetze (Smart Grids) sorgen in Kombination mit flexiblen Verbrauchern für zusätzliche Effizienz und eine Optimierung der Energieverteilung.

Mit erneuerbaren Energien zur Klimaneutralität

Unser Ziel muss sein, dass Bayern auch beim Windausbau an Land die bundesweite Spitzenposition übernimmt. Photovoltaikanlagen müssen auf jedem geeigneten Dach installiert werden. Auch die grundlastfähigen Energien, wie Wasserkraft, Bioenergie und Geothermie, werden eine zentrale Rolle spielen. Nur so kann in Bayern bereits bis 2040 Klimaneutralität erreicht werden. Die Geothermie bietet zudem großes Potenzial für die Wärmeversorgung und die Biomethan-Produktion wird deutlich erhöht.

Um die Stromversorgung abzusichern, müssen bis 2030 auch ausreichend steuerbare Backup-Kapazitäten mit Gaskraftwerken entstehen, die schrittweise auf grünen Wasserstoff umgestellt werden. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft muss schnell vorangebracht werden, mit dem Ziel, Elektrolyseure in allen Regionen Bayerns aufzustellen. Gleichzeitig muss der Freistaat eng in das europäische Wasserstoffnetz eingebunden werden. Pipelines aus dem Süden sichern die Versorgung mit Wasserstoff zusätzlich.

Industriestrompreis einführen

Da wir weiterhin auf Energieimporte angewiesen sein werden, gilt es, diese besser abzusichern – durch breit aufgestellte Partnerschaften und im europäischen Verbund. Die europaweite und internationale Zusammenarbeit im Energiesektor muss intensiviert werden. Mit einem intelligenten Marktdesign sowie gezielten Unterstützungsmaßnahmen, wie einem Industriestrompreis und der Senkung der Stromsteuer, müssen Produktionsverlagerungen aufgrund hoher Energiepreise verhindert werden.

Das Energiesystem muss schließlich immer sektorenübergreifend gedacht werden. Dazu gehört auch eine ausreichende Infrastruktur für Elektromobilität sowie die Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden und der Industrie durch wirksame Förderprogramme und gezielte Anreize. Eine klare und umfassende Kommunikation in Energiefragen trägt zusätzlich zur Sensibilisierung für den effizienten Umgang mit Energie bei.

Kommentar



Ohne Tempolimit

Ohne Energie geht nichts. Wenn die Transformation unserer Wirtschaft gelingen soll, brauchen wir Energie: und zwar viel, sicher und preiswert. Deshalb ist die Energiekrise auch die Mutter aller aktuellen Krisen – und eine gelingende Energiewende die Mutter aller Krisenlösungen.

Im Mittelpunkt muss jetzt ein Dreiklang stehen. Er lautet: Zubau, Ausbau, Aufbau. Wir brauchen einen engagierten Zubau bei allen Heimatenergien – Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie. Wir brauchen gleichzeitig einen forcierten Ausbau der Stromnetze, damit der ökologisch erzeugte Strom auch bei den Verbrauchern ankommt. Und wir brauchen den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, der auch bei uns in Bayern die Zukunft der nachhaltigen Energieversorgung gehört.

Zubau, Ausbau, Aufbau: Bei all dem darf es kein Tempolimit geben. Je schneller wir hier vorankommen, desto besser. Denn nur mit Energie geht was in unserem hochindustrialisierten Land.

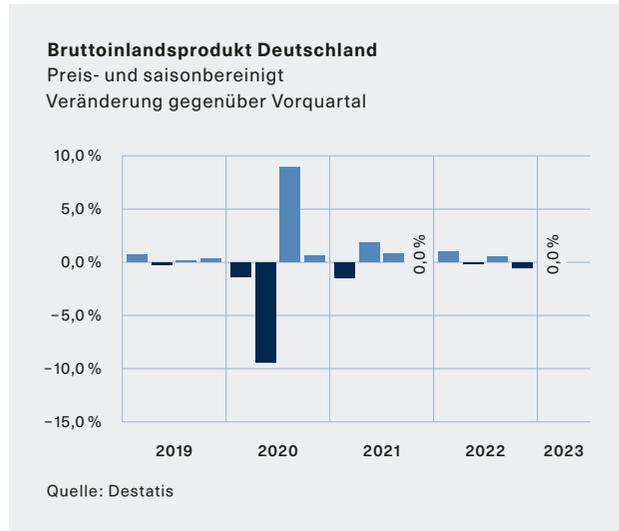
Wolfram Hatz
Präsident vbw

Eingetrübt

Die wirtschaftliche Lage in Bayern

Die Konjunktur in Deutschland und Bayern hat sich im Herbst und Winter weiter eingetrübt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im vierten Quartal 2022 bundesweit um 0,4 Prozent zurückgegangen. Sowohl der private Konsum, der unter der hohen Inflation leidet, als auch die Investitionen wirkten negativ auf die Wirtschaftsleistung. Im ersten Quartal 2023 stagnierte das BIP.





Damit fällt die Eintrübung schwächer aus als noch im Herbst befürchtet. Die Energiepreise haben sich zuletzt entspannt, wenngleich sie weiterhin auf hohem Niveau liegen. Gleiches gilt für die Lieferprobleme bei Rohstoffen, Materialien und Vorprodukten. Vor allem die Industrieproduktion wird durch diese Effekte weiterhin gebremst. Allerdings sorgt die Strom- und Gaspreisbremse bei Unternehmen und Haushalten für eine gewisse Entlastung. In der Folge hat die Zuversicht bei Konsumenten und Unternehmen wieder etwas zugenommen.

Die Konjunktur ist aber noch lange nicht über den Berg. Die Inflation ist weiter hoch und belastet den Einzelhandel und andere konsumnahe Sektoren. Sorge bereitet, dass die sog. Kerninflation – also die Inflation ohne Energie- und Lebensmittelpreise – zunehmend steigt. In immer mehr Bereichen werden die gestiegenen Kosten zumindest teilweise über die Preise weitergegeben. Zudem lassen die jüngsten Lohnabschlüsse und Gewerkschaftsforderungen befürchten, dass nun die Lohn-Preis-Spirale in Gang kommt. Die Europäische Zentralbank steht vor der großen Herausforderung, die Preissteigerung einzudämmen ohne gleichzeitig die Konjunktur durch die gestiegenen Zinsen zu stark auszubremsen. Speziell der Bau erlebt bereits spürbare Rückgänge infolge der höheren Zinsen.

Trotz der diversen Belastungen ist ab dem zweiten Quartal 2023 mit einer langsamen konjunkturellen Erholung zu rechnen. Die Forschungsinstitute haben ihre Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland zuletzt leicht nach oben revidiert. Viele gehen im Jahresdurchschnitt nun von einem minimalen Plus statt einem leichten Minus aus. Ein Grund hierfür ist auch, dass nach derzeitigem Stand eine Gasmangellage auch im kommenden Winter wohl vermieden werden kann. Dank eines milden Winters und Einsparungen vor allem in der Industrie sind die Gasspeicher zum Ende der Heizperiode überdurchschnittlich gut gefüllt. Dennoch bleibt die Herausforderung groß, die Speicher in den Sommermonaten ausreichend zu füllen, um eine erneute Rezession im Winter 2023/2024 zu verhindern. Für Bayern erwarten wir eine Stagnation des BIP im Jahresdurchschnitt.



vbw Index 1/2023

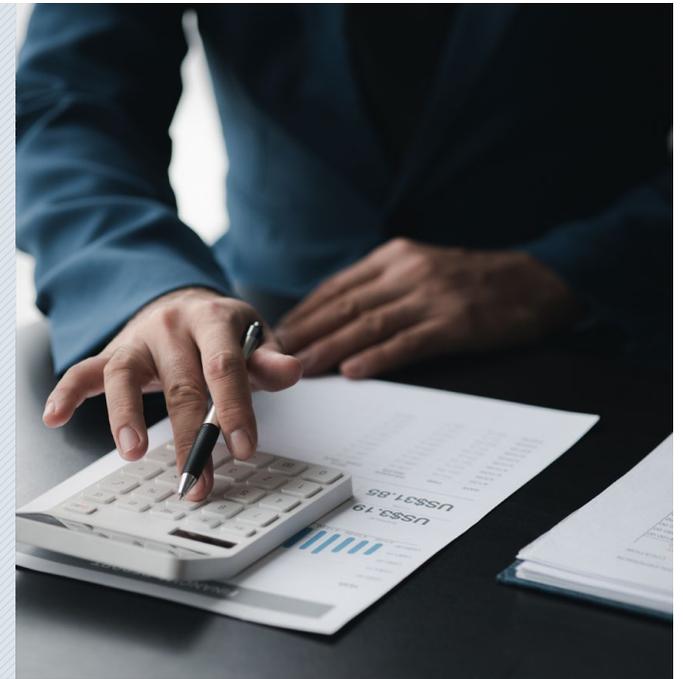
Am 02. Mai 2023 stellte vbw Präsident Wolfram Hatz den vbw Index der bayerischen Wirtschaft, den sog. „Weißbierindex“ Frühjahr 2023, in einer Pressekonferenz vor. Gegenüber Herbst 2022 ging der Index leicht um zwei auf 101 Punkte zurück.

- Der **Lageindex Wachstum**, der die allgemeine Konjunkturlage beschreibt, sank minimal um einen auf 108 Punkte.
- Der **Prognoseindex Wachstum** konnte sich um 19 Punkte verbessern. Mit aktuell 89 Punkten liegt er aber nach wie vor ein gutes Stück unter dem Durchschnitt.
- Der **Lageindex Beschäftigung** ging von 122 auf 102 Punkte zurück. Dies liegt allein an der höheren Arbeitslosigkeit, die wegen der statistischen Erfassung der ukrainischen Flüchtlinge gestiegen ist.
- Der **Prognoseindex Beschäftigung** ging leicht von 110 auf 106 Punkte zurück.

Sonderthema

Handelsabkommen als geopolitische Strategie

Die Weltordnung befindet sich im Wandel – politisch wie wirtschaftlich. Der Protektionismus ist schon länger auf dem Vormarsch, die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben die Anfälligkeiten unserer Lieferketten aufgezeigt.



Eine Abkehr von unserem Geschäftsmodell der Internationalisierung wäre aber die falsche Antwort auf diese Entwicklung. Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Bayern hängen ganz wesentlich von Außenhandel und grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten ab.

„Protektionismus schadet dem Handel und dem weltweiten Wachstum. Wir brauchen mehr Handelsabkommen.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

Um unsere Resilienz zu erhöhen, müssen Abhängigkeiten reduziert und künftig vermieden werden. Dies erfordert eine Diversifizierung unserer Absatz- und Beschaffungsmärkte sowie unserer Investitionsstandorte. Dazu gehört auch, die Wahl unserer Handelspartner stärker in den Fokus zu nehmen. Der Abschluss von Handels- und Investitionsschutzabkommen ist ein ganz entscheidendes Instrument, um unsere außenwirtschaftlichen Ziele zu erreichen.

Durch Handelsabkommen werden Zölle und andere Handelshemmnisse abgebaut und die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen erleichtert. Damit wird zum einen ein klares Signal für Freihandel und offene Grenzen und gegen Protektionismus gesetzt. Das gilt umso mehr, als die multilaterale Welthandelsordnung derzeit durch die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der WTO auf der Stelle tritt. Zum anderen kann die Politik durch den Abschluss von Handelsabkommen den wirtschaftlichen Austausch mit bestimmten Regionen gezielt fördern, indem die Rahmenbedingungen für die Unternehmen attraktiver gestaltet werden.

Die derzeit laufenden Verhandlungen der EU mit mehreren Staaten und Regionen sollten zügig abgeschlossen werden, die bereits vereinbarten Abkommen müssen zeitnah von allen Parlamenten ratifiziert werden.

Aktuelle Handelsabkommen der EU Übersicht

Land / Region	Art des Abkommens	Status
Australien	Freihandelsabkommen	Verhandlungen laufen
China	Umfassendes Investitionsabkommen	Verhandlungen wurden 2020 abgeschlossen; Abkommen wurde nicht vom EU-Parlament ratifiziert, da Mitglieder des Parlaments von China mit Sanktionen belegt worden waren
Chile	Modernisierungsabkommen	Verhandlungen wurden im Dezember 2022 abgeschlossen, Ratifizierungsprozess läuft
Indien	Abkommen über Handel, Investitionsschutz und geografische Angaben	Verhandlungen laufen
Indonesien	Freihandelsabkommen	Verhandlungen laufen
Kanada	Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen	Wird vorläufig seit 2017 angewandt; zehn EU-Mitgliedsstaaten haben das Abkommen noch nicht ratifiziert
Mercosur	Handelsabkommen	Verhandlungen wurden 2019 abgeschlossen; ein zusätzliches Vertragspaket wird seitdem verhandelt, um durchsetzbare Nachhaltigkeitsstandards im Abkommen zu verankern
Mexiko	Modernisierungsabkommen (Handelskapitel)	Verhandlungen wurden 2018 abgeschlossen; Ratifizierungsprozess läuft
Neuseeland	Freihandelsabkommen	Verhandlungen wurden im Juni 2022 abgeschlossen, Ratifizierungsprozess läuft
Philippinen	Freihandelsabkommen	Verhandlungen laufen



Im Brennpunkt

Sustainable Finance

Mit der Sustainable-Finance-Regulierung sollen nachhaltige Finanzierungen erleichtert werden. Der Mittelbedarf für die Transformation ist tatsächlich hoch, aber der von der EU eingeschlagene Weg erweist sich als problematisch.

Regulierung verfehlt ihren Anspruch

Ihrem Anspruch wird die Regulierung nicht gerecht – sie steht ihm vielfach sogar im Weg. Statt stabile und überzeugende Leitplanken zu bieten, löst sie zunehmend Verunsicherung bei den Unternehmen aus. Sie bringt übermäßigen Aufwand mit sich, aber es gelingt mit der schon in Kraft getretenen Klimataxonomie dennoch nicht, Nachhaltiges angemessen darzustellen. So gelten etwa Elektrofahrzeuge oder Photovoltaik-Module als taxonomiekonform, wichtige Zulieferprodukte aber nicht.

„Insgesamt fehlt den Sustainable-Finance-Regelungen der ganzheitliche Blick auf die Wertschöpfungskette.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

Besserung muss schnell angegangen werden

Auf einem vbw Kongress Ende Februar 2023 wurden diese Anliegen diskutiert. vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt stellte als gemeinsames Anliegen fest: „Wir brauchen mehr Pragmatismus. Alle Unternehmen, die am ökologischen Umbau unserer Wirtschaft aktiv beteiligt sind, müssen die Anerkennung und die Finanzierungsmöglichkeiten bekommen, die sie brauchen. Nur eine leistungsfähige Industrie erwirtschaftet die Mittel für mehr Investitionen in den Klimaschutz.“ Nachbesserungsbedarf sieht auch die Kommission selbst, handelt bisher aber nicht entschlossen genug.



28. Februar 2023
vbw Kongress Sustainable Finance

Jan Hildebrand, Stv. Leiter Hauptstadtbüro, Handelsblatt (Moderation); Ingo Holstein, Mitglied des Vorstands, Vitesco Technologies Group AG; Dr. Ulrike Wolf, Ministerialdirektorin, Bayerisches Wirtschaftsministerium; Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer, vbw

Leitlinien für den Weg zu praxistauglichen Regeln

Das Regelwerk zu Sustainable Finance muss praxistauglich neu ausgerichtet werden.

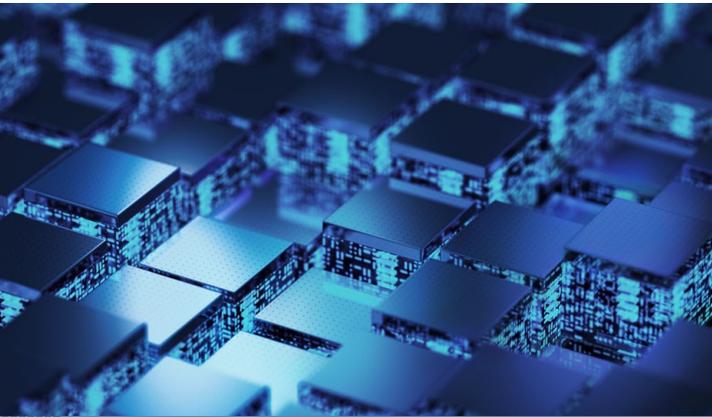
Unangemessener bürokratischer Aufwand muss wegfallen.

Nachhaltigkeitskriterien müssen eng mit der Praxis abgestimmt werden.

Alle Beiträge zur Transformation müssen in der gesamten Wertschöpfungskette darstellbar sein.

Auf gleiche Zwecke ausgerichtete Daten müssen einheitlich verwendet werden können (Standard Business Reporting).

Über die Umwelttaxonomie hinaus darf es keine weiteren Taxonomien für Soziales oder Governance-Kriterien geben.



Transformation

Digitale Netze

Die vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen 2022 – leitungsgebunden und mobil* zeigt: Die digitale Transformation schreitet voran und mit ihr die Ansprüche an das digitale Netz. So nutzen schon 79 Prozent der Unternehmen mit 50 oder mehr Mitarbeitern mindestens eine Anwendung aus dem Internet der Dinge und Dienste, der Rest plant das. Viele weitere datenintensive Anwendungen werden in den nächsten Jahren dazukommen.

Bayerns digitale Infrastruktur auf gutem Weg

Bayerns digitale Netze entwickeln sich im Bundesvergleich gut, aber bis zu flächendeckender Versorgung mit Glasfaser und 5G ist es noch weit. Ausgerechnet in Gewerbegebieten liegt die Breitbandversorgung noch unter

dem bayernweiten Durchschnitt. Das zeigt unsere Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern* vom Januar 2023. Die Staatsregierung ist mit ihrer Förderpolitik und dem *Pakt digitale Infrastruktur* auf dem richtigen Weg. Jetzt kommt es auf vier Punkte an: Die Vergabe von Mobilfunkfrequenzen darf Investitionsmöglichkeiten der Betreiber nicht beschneiden. Schnelle Genehmigungsverfahren müssen Tempo bringen. Wo nötig, ist weiter zu fördern. Bürgerwiderstand gegen Mastenbau muss durch Aufklärung und bei Bedarf durch Mehrheitsentscheidungen überwunden werden.

Digitale Verfahren und E-Government als Chance

Auch die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren wird die Netze zunehmend herausfordern. Es zeigt sich immerwieder der hohe Bedarf der Unternehmen. Als „Power-User“ von Verwaltungsleistungen müssen sie im besonde-

ren Fokus der staatlichen Bemühungen stehen. Ein wichtiges Feld ist dabei die digitale Transformation im Steuerwesen. Was hier zu tun ist, stellen wir in einer gemeinsam mit dem Institut für Digitalisierung im Steuerrecht erarbeiteten Position dar. Insgesamt kann und muss E-Government als Chance verstanden werden, den Rechtsrahmen zu modernisieren und überflüssige Bürokratie abzubauen.



Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur
→ vbw-bayern.de/STVDI

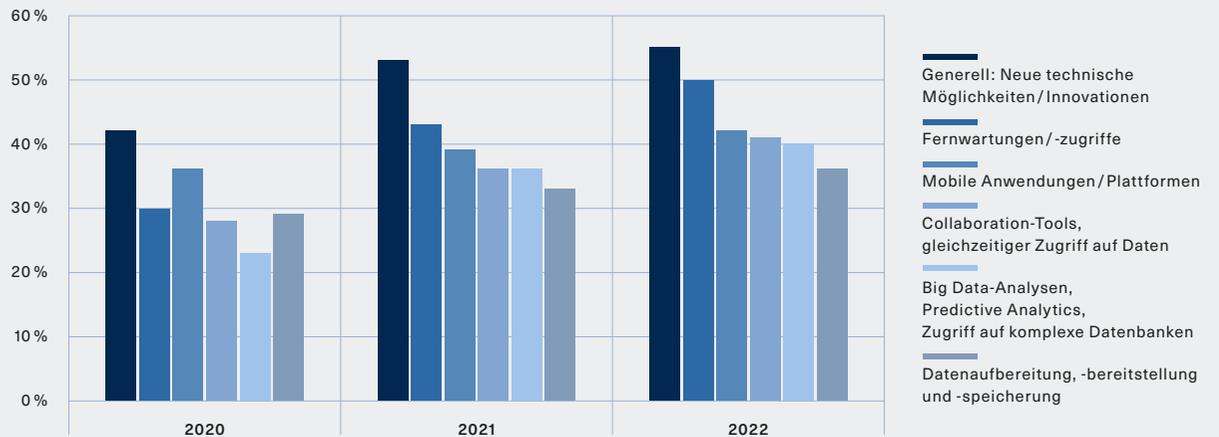


Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen
→ vbw-bayern.de/STBBU



Digitale Transformation im Steuerwesen
→ vbw-bayern.de/PODTR

Anteil der Unternehmen mit steigendem Bandbreitenbedarf
(Mehrfachnennungen möglich)



Basis: Unternehmen, in denen bis 2025 ein steigender Bedarf an Bandbreite oder schnellen mobilen Datenverbindungen besteht, Nennungen ab fünf Prozent

Quelle: vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen 2022 – leitungsgebunden und mobil*, Januar 2023



Soziales

Sozialversicherungssysteme zukunftsfähig gestalten

Durch den demografischen Wandel gerät unser Sozialversicherungssystem unter Druck. Während die Einnahmen aus Beitragszahlungen zurückgehen, steigen die Ausgaben tendenziell. In der Konsequenz drohen Finanzierungslücken und somit steigende Beiträge und/ oder wachsende Steuerzuschüsse.

Irrweg Bürgerversicherung

Besonders betroffen sind aktuell die gesetzliche Krankenversicherung (gKV) und die soziale Pflegeversicherung (sPV). Bereits zum 01. Januar 2023 ist der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gKV um 0,3 Prozentpunkte gestiegen. In der sPV soll ab 01. Juli 2023 der Beitragssatz um 0,35 Prozentpunkte erhöht werden. Unterbleiben die nötigen Strukturreformen, sind in beiden Bereichen weitere Beitragssteigerungen vorprogrammiert. Um die Einnahmenbasis zu verbreitern, wird in Teilen der Politik immer wieder die Forderung erhoben, die Beitragsbemessungsgrenze in den beiden Zweigen anzuheben. Dieser Schritt hin zu einer sogenannten Bürgerversicherung ist klar abzulehnen. Über alle Branchen hinweg käme es zu einem Anstieg der Lohnzusatzkosten von über 46 Prozent. Besonders betroffen wären Wirtschaftszweige, die qualifizierte Fachkräfte beschäftigen. Das gilt für die Industrie ebenso wie für den Dienstleistungssektor und die Sozialwirtschaft.

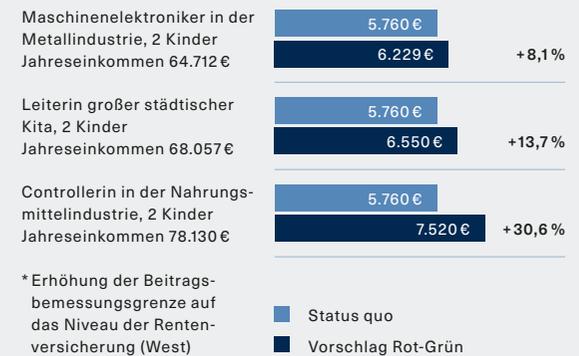
Die höhere Belastung der Arbeitgeber schwächt die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts zusätzlich. Außerdem würde Deutschland so auch an Attraktivität für innovative Branchen und international gefragte Fachkräfte verlieren.

Nicht zuletzt würde durch die gleichzeitig zu erwartende Anhebung der Versicherungspflichtgrenze die private Krankenversicherung (PKV) geschwächt. Das ist jedoch kontraproduktiv. Die PKV trägt überdurchschnittlich zur Finanzierung des Gesundheitswesens bei. Von der Dualität zwischen gKV und PKV profitieren alle.

Reformbedarf jetzt angehen – Gesamtbeitragssatz wieder unter die 40-Prozent-Marke drücken

Durch die Beitragssatzanpassungen bei Gesundheit und Pflege sowie der Arbeitslosenversicherung liegt der Gesamtbeitragssatz bei deutlich über 40 Prozent. Das darf kein Dauerzustand sein. Es gilt, rasch die nötigen Reformen anzugehen, um die Beitragsbelastung wieder unter 40 Prozent zu senken.

Arbeitgeberbeitrag 2023



Quelle: Berechnungen auf der Basis der Sozialversicherungsgrößen 2023 und Statistisches Bundesamt, Einkommen nach Berufen

Krankenhausreform: Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Mit Blick auf den nötigen Reformbedarf ist es zu begrüßen, dass das Bundesgesundheitsministerium eine Krankenhausreform plant. Die Behandlungskosten im Krankenhaus stellen den größten Ausgabenblock der gKV dar. Gleichzeitig besteht akuter Handlungsbedarf, weil zahlreiche Krankenhäuser stark insolvenzgefährdet sind. Dennoch sind die vorgestellten Pläne aus dem Bundesgesundheitsministerium klar abzulehnen, denn die Kompetenzen der Bundesländer zur Krankenhausplanung würden erheblich beschnitten werden. Über adäquate Versorgungsstrukturen muss jedoch vor Ort – im Zusammenwirken von Kommunen und Ländern – entschieden werden. Die Herausforderungen vor Ort variieren zwischen den einzelnen Bundesländern, ein „one-size-fits-all-Ansatz“ ist hier nicht zielführend. Insbesondere in Flächenländern wie Bayern sind gute Versorgungsstrukturen für Gesundheit und Pflege im ländlichen Raum besonders wichtig und als Standortfaktor für Unternehmen zur Gewinnung und Bindung von Arbeits- und Fachkräften von zentraler Bedeutung.



Arbeitsmarkt

Zuwanderung als Baustein zur Arbeitskräfte- und Fachkräftesicherung

„Die Zuwanderung muss sich vor allem am Bedarf des Arbeitsmarkts orientieren.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

Die gezielte Zuwanderung spielt eine entscheidende Rolle für die Arbeitskräfte- und Fachkräftesicherung. Insgesamt wird das Arbeitskräfteangebot in Bayern bis 2035 selbst bei gleichbleibender Zuwanderung um 700.000 Menschen auf 5,8 Millionen zurückgehen. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir zunächst Beschäftigungschancen, vor allem von Arbeitslosen, über Weiterqualifizierung und Umschulungen verbessern und die Erwerbsbeteiligung, vor allem von Frauen und Älteren, weiter steigern. Neben der Aktivierung aller inländischen Potenziale muss es zudem besser als bislang gelingen, qualifiziertes Personal aus dem Ausland zu rekrutieren. Aktuell läuft das Gesetzgebungsverfahren zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung.

Neue Optionen der Fachkräftezuwanderung

Geplant sind u. a. neue Optionen für die Zuwanderung von ausländischen Fachkräften sowie Erleichterungen bei den Anerkennungsverfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Abschlüsse. So soll künftig zum Beispiel die Möglichkeit bestehen, das Anerkennungsverfahren erst nach der Reise nach Deutschland parallel zu einer Beschäftigung zu durchlaufen. Bei Vorliegen einer ausreichenden berufspraktischen Erfahrung kann auf ein Anerkennungsverfahren verzichtet werden. Diese Ansätze sind zu begrüßen, laufen aber ins Leere, wenn die nötige Entbürokratisierung und Beschleunigung der Zuwanderungsverfahren unterbleiben.

Ausbau der Westbalkanregelung und Engagement der vbw

Auch bei der Westbalkanregelung sind Anpassungen geplant. Die Regelung wird zum einen entfristet und zum anderen wird die Zahl der jährlichen Kontingente verdoppelt auf 50.000. Das ist ausdrücklich zu begrüßen, denn die Westbalkanregelung hat sich in der Praxis bewährt. Als vbw wollen wir künftig die bayerischen Betriebe gezielt dabei unterstützen, die Optionen der Westbalkanregelung zu nutzen.

Gemeinsam mit bayme und vbm gibt es ein Büro der vbw in Tirana/Albanien. Ziel des Büros ist es, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bayern und Albanien voranzubringen. Eine Aufgabe wird auch sein, Fach- und Arbeitskräfte aus Albanien für den bayerischen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Dieses Büro sehen wir als Modell für weitere Engagements im Westbalkan.

Aus unseren Social-Media-Kanälen

Die vbw unterstützt das Ziel der Bundesregierung, die Erwerbsmigration deutlich ausweiten. Allein durch eine Aktivierung aller inländischen Potenziale ist der Fach- und Arbeitskräftebedarf der kommenden Jahre nicht zu decken. Daher braucht die bayerische Wirtschaft auch die gezielte Anwerbung von Personal aus dem Ausland. <https://tld.ly/pm79x62>

„Ein höheres Maß an Erwerbsmigration wird sich nur realisieren lassen, wenn die Zuwanderungsverfahren deutlich unbürokratischer ablaufen. Dazu gehört unter anderem die verbesserte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, verbunden mit einem stärkeren Fokus auf berufspraktische Erfahrungen.“

Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer vbw



PDF-Download
Position Zuwanderung gezielt gestalten
→ vbw-bayern.de/POZGG



Kommentar

Vier-Tage-Woche – Freiwilligkeit ist der Schlüssel

Freiwillige betriebsindividuelle Lösungen ja, Zwang nein

Es gehört zur unternehmerischen Entscheidungsfreiheit, an wie vielen Tagen und wie lange in einem Betrieb gearbeitet werden soll. Jedes Unternehmen muss das Arbeitszeitmodell finden, mit dem es erfolgreich wirtschaften kann. Gesetze und Tarifverträge dürfen dabei nur den Rahmen festlegen und keinen starren Zwang ausüben.

Fachkräftemangel nicht verschärfen

So ist die Vier-Tage-Woche grundsätzlich möglich, wir müssen aber bei diesem Modell genau auf die Ausgestaltung achten. Es gilt zu differenzieren: Wenn man nicht nur

die vorhandene Arbeitszeit flexibel von fünf auf vier Tage pro Woche umverteilt – was heute bereits umfassend möglich ist –, sondern gleichzeitig die Wochenarbeitszeit selbst um ein Fünftel verkürzt, führt dies grundsätzlich zu einer Verschärfung des ohnehin gravierenden Fachkräftemangels.

Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn ist wegen des damit verbundenen deutlichen Anstiegs der Arbeitskosten erst recht nicht akzeptabel. Wenn einzelne Arbeitgeber im Rahmen ihrer speziellen betrieblichen Bedingungen die Möglichkeit haben, diese Lohnsteigerungen in ihren Betrieben auszugleichen, etwa durch eine höhere Produktivität, steht dem nichts im Wege. Ein flächendeckendes Einheitsmodell für alle Arbeitgeber kommt keinesfalls in Betracht.

Flexibilität bewahren

Die Erfahrung zeigt: Wo es betriebsorganisatorisch möglich ist, stellen sich die Arbeitgeber einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung nicht in den Weg. Dies beginnt bei der bekannten Gleitzeit, bei der die Arbeitnehmer selbst über den Beginn und das Ende der täglichen Arbeitszeit entscheiden, bis hin zur Vertrauensarbeitszeit, bei der die Arbeitszeitsouveränität fast vollkommen beim Einzelnen liegt. Aber auch in Produktionsbetrieben wird flexibel gearbeitet mit sogenannten Flexi-Konten sowie innovativen Freischicht-Modellen, in denen in einzelnen Wochen auch verkürzt gearbeitet werden kann.

Gesetzliche oder tarifvertragliche Regelungen lehnen wir aber entschieden ab. Es muss die unternehmerische Entscheidungsfreiheit bleiben, welches Arbeitszeitmodell zum Einsatz kommt. Wo eine Vier-Tage-Woche betrieblich nicht möglich ist, konterkariert ein äußerer Zwang durch Gesetz oder Tarifvertrag das erfolgreiche Wirtschaften der Unternehmen.

Größter Hemmschuh für eine flexible Arbeitszeitverteilung ist die unnötige, nicht vom Europarecht vorgegebene tägliche Höchstarbeitszeit von zehn Stunden. Schafft man diese zugunsten der europarechtlich möglichen durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden ab, würde man erhebliche Spielräume für eine moderne Arbeitszeitgestaltung im Sinne von Arbeitneh-

mern und Arbeitgebern gewinnen. Ebenso müssen alle europarechtlichen Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung der täglichen elfstündigen Ruhezeit im deutschen Recht voll ausgeschöpft werden. Wir brauchen insgesamt dringend Flexibilisierungen im Arbeitszeitgesetz.

Aus unseren Social-Media-Kanälen

vbw-bayern
@vbw_bayern

Freiwillige betriebsindividuelle Lösungen ja, Zwang nein. Das sagt die bayerische Wirtschaft zur Diskussion um die Vier-Tage-Woche: [fcid.ly/13ctkix](https://t.co/fcid.ly/13ctkix)

#Arbeitszeit #VierTageWoche



Lesen Sie dazu auch unser Positionspapier Arbeitszeitrecht, mit dem wir einen konstruktiven Beitrag leisten wollen, um die Positionen und Argumente der Wirtschaft in die Arbeitszeitdebatte einzubringen.

PDF-Download
Position Arbeitszeitrecht
→ vbw-bayern.de/POAZR

Neues aus den Verbänden

Kooperationsveranstaltung von bayme vbm vbw mit dem CAR – Center Automotive Research

Am 29. und 30. März 2023 standen Methoden zur Abwehr von Cyber-Attacken, Künstliche Intelligenz und die Transformation der Automobilindustrie im Mittelpunkt. Mit dabei waren zahlreiche namhafte internationale und nationale Unternehmen aus den Bereichen IT-Sicherheit und Automotive. „Der richtige Umgang mit Fragen der Cyber-Security ist erfolgsentscheidend. Einer aktuellen Studie zufolge sehen 77 Prozent der befragten bayerischen Unternehmen in Cyber-Kriminalität ein Risiko, davon 30 Prozent ein hohes“, so bayme vbm vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.



Maximilian Schöberl (l.), Generalbevollmächtigter der BMW AG, und Bertram Brossardt (r.), vbw Hauptgeschäftsführer, im Gespräch mit Prof. Ferdinand Dudenhöfer, CAR – Center Automotive Research



Unter der Leitung von vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt diskutieren Vertreter*innen von Bund, Land und Wirtschaft im hbw zur digitalen Transformation im Steuerwesen.

Digitale Transformation im Steuerwesen

Schlanke Prozesse, besseres Recht und effizientes Arbeiten – das sind die zentralen Potenziale der Digitalisierung im Steuerwesen. Zusammen mit dem Institut für Digitalisierung im Steuerwesen und dessen Vorsitzendem, Georg Geberth, hat die vbw einen Digitalisierungs-Leitfaden mit zentralen Forderungen erstellt und die Erkenntnisse auf dem Kongress mit Vertreter*innen von Bund, Land und Wirtschaft diskutiert.

„Es gilt, die weitere Digitalisierung des Steuerwesens sowohl für Steuerpflichtige als auch für die Finanzverwaltung als Chance zu begreifen. Dabei müssen wir alle Unternehmen im Blick behalten, vom Groß- bis hin zum Kleinunternehmen“, findet Brossardt. Dafür fordert die vbw unter anderem einen „Digital-Check“ für Steuergesetze, damit Digitalisierungs- und Automatisierungsaufgaben nicht an der Komplexität des Steuerrechts scheitern. Weitere Vereinfachungen sollen schlankere und vereinheitlichte Berichtspflichten bringen. Auch bei der medienbruchfreien und papierlosen Abwicklung von steuerlichen Prozessen gibt es noch Luft nach oben.



Wissen, was die bayerische Wirtschaft bewegt. Der Podcast „Zukunft. Made in Bavaria.“

Die vbw geht weiter neue Wege: In der neuen Podcast-Reihe sprechen wir über aktuelle Themen, die die bayerische Wirtschaft beschäftigen, und zeigen Beispiele, wie in den Unternehmen an der Zukunft des Wirtschaftsstandorts gebaut wird – für ein starkes Bayern mit starken Regionen und hoher Lebensqualität.

In der ersten Folge erläutert vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt im Gespräch mit der Moderatorin Katharina Muth den Auftrag der vbw, gibt einen schnellen Überblick über die drängendsten Themen wie Multikrise, Klimawandel, Nachhaltigkeit, Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel und macht deutlich, welche Idee hinter dem Titel „Zukunft. Made in Bavaria.“ steht und was die Hörer*innen erwartet.

Sie finden den Podcast und alle neuen Folgen auf dem vbw Portal und können ihn dort kostenfrei abonnieren.



vbw Podcast
→ vbw-bayern.de/VBWPC

Zehn neue Studien und weitere Publikationen

Neben Positionen, Monitorings zu Bundeshaushalt und Energiewende sowie Konjunkturprognosen sind im Berichtszeitraum folgende neue Studien erschienen:

Neue Studien der vbw

- 1 Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen 2022 – leitungsgebunden und mobil
- 2 Chancen für die bayerische Wirtschaft in Subsahara-Afrika (dynamisches Wachstum, hohe Außenhandelsanteile, differenzierte Betrachtung)
- 3 Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich (Dynamik, Standortbedingungen, Kostennachteil, China als größte Herausforderung)
- 4 Medienstandort Bayern – Impulse für 2024+ (Medienbranche ist Wachstumsmotor)
- 5 Rohstoffsituation der bayerischen Wirtschaft (Rohstoffsicherung, Rohstoffmärkte, Fallstudien)
- 6 Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern
- 7 Verteilungswirkungen klimapolitischer Maßnahmen (direkte Entlastungen bei Energiekosten, Transferzahlungen an ausgewählte Gruppen und Pauschaltransfers und ihre Effekte auf Verbraucher*innen und ihre sozial- und klimapolitische Wirkung)

Studien des Roman Herzog Instituts

- 8 Wie resilient ist die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich (zur Widerstandsfähigkeit von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Transformation)?
- 10 Gespaltene Gesellschaft? Hintergründe, Mythen und Fakten



Gut informiert zur Landtagswahl in Bayern

Mit einer Vielzahl von Aktivitäten begleitet die vbw die diesjährige Landtagswahl am 08. Oktober 2023:

12 für 5 – vbw Programm zur Landtagswahl 2023

Es enthält alle wesentlichen Punkte aus Sicht der bayerischen Wirtschaft, die die neue Landesregierung anpacken muss, damit Bayern eine Zukunft als lebenswerter und wirtschaftlich starker Standort hat.

Über 90 Veranstaltungen in ganz Bayern

Auf unseren Kongressen, die teilweise in Präsenz und digital stattfinden, diskutieren wir mit Vertreter*innen von CSU, Freie Wähler, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, und FDP zu verschiedenen Themenschwerpunkten, die wir in unserem Bayern-Programm angesprochen haben.

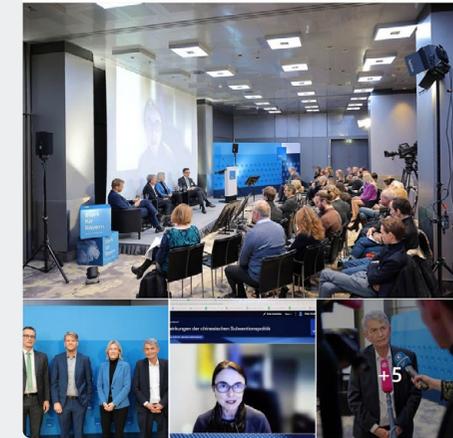
Alle Veranstaltungen sowie unser Programm finden Sie auf unsere Website zur Landtagswahl.

 **vbw PublikationsDatenbank**
→ vbw-bayern.de/PUBDB

 **Microsite (ab 16. Mai 2023)**
→ clever-waehlen.bayern

Aus unseren Social-Media-Kanälen

 **vbw – Die bayerische Wirtschaft**
13. Januar
Durch die Auswirkungen der chinesischen Subventionspolitik droht deutschen Unternehmen ein Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Welche Maßnahmen es braucht, um ein "Level Playing Field" mit China herzustellen, diskutierten wir auf unserem Kongress.
Mehr dazu: <https://fkd.ly/2vc588h>



Im Rahmen der Veranstaltung „Auswirkungen der chinesischen Subventionspolitik“ stellte die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. eine Studie vor, die einen Überblick über die verschiedenen Subventionen und Unterstützungsmaßnahmen der chinesischen Regierung gibt, deren Folgen für die deutsche Wirtschaft analysiert und Handlungsempfehlungen benennt, um diesen Wettbewerbsverzerrungen zu begegnen.

 **vbw Studie**
→ vbw-bayern.de/STCHS



In den Medien

Wirtschaft vorgestellt und auf die zunehmenden Unsicherheiten hingewiesen: „Rohstoff-Abhängigkeit: Wirtschaft schlägt Alarm“ und „Rohstoffversorgung beunruhigt Wirtschaft“ titelten Münchner Merkur und Süddeutsche Zeitung. In diesem Zusammenhang wurde auch eine aufmerksamkeitsstarke vbw Studie zu den Auswirkungen hoher Gaspreise in der FAZ unter dem Titel „Hohe Gaspreise bedrohen Existenz von Unternehmen“ veröffentlicht.

Obwohl es im Winter 2022/2023 nicht zu einer Gasmangellage gekommen ist, bleibt die Versorgungssicherheit in Gefahr. Bedeutendster Faktor für deren Erhalt ist die Energiewende. So machte die vbw im Rahmen einer Pressekonferenz im Januar 2023 auf das schleppende Tempo mit einer Studie aufmerksam. Mit ihren deutlichen Worten erreichten sie die bayerischen Leitmedien: „Energiewende: Deutschland muss Tempo verdoppeln“ titelten Bayerischer Rundfunk, PNP und Münchner Merkur, die Augsburger Allgemeine legte mit „Energiewende geht nicht schnell genug“ nach.

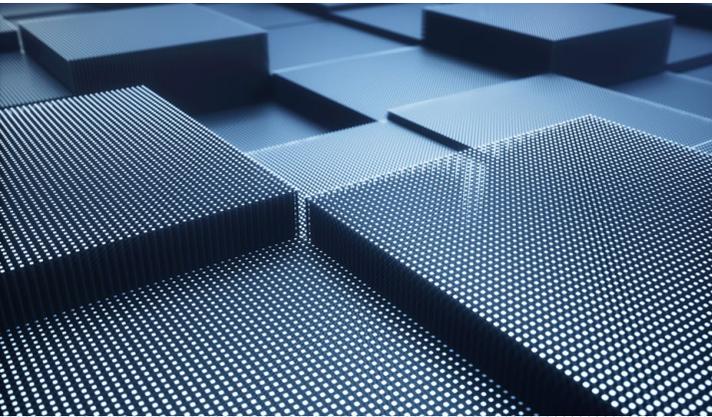
Den zunehmenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel nahm die vbw zum Anlass, auf diese ernstzunehmende Gefahr für unseren Standort hinzuweisen. Mit dem anerkannten Arbeitsmarktexperten Dr. Oliver Stettes vom IW Köln fand ein Seminar vor einer Vielzahl von Journalisten statt. „Seit 20 Jahren reden wir davon, bisher hat uns nur niemand zugehört“, so wurde vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt vom Münchner Merkur zitiert. Auch eine längere Erwerbsbeteiligung Älterer gehört zum Instrumentarium gegen den Fachkräftemangel. „Die sogenannte Rente mit 63 muss endlich auslaufen und wir müssen Frühverrentungsanreize gezielt abbauen“, zitierte die FAZ Bertram Brossardt.

Das Jahr 2022 ist mit einem Rekordwert an Presse-Berichterstattung zu Ende gegangen. Insbesondere die aufgrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine dramatisch verschärfte Lage der Energie- und Rohstoffversorgung dominierte das Schlussquartal 2022. Am Jahresende summieren sich die Belege auf allen Kanälen, von Print über Online und Hörfunk bis Fernsehen, auf rund 15.764. Im ersten Quartal 2023 kamen 4.710 Belege zusammen. Zu Beginn des Jahres 2023 verschob sich die mediale Aufmerksamkeit auf die wachsenden Herausforderungen der Energiewende und den offen zutage tretenden Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel.

Die wachsenden geopolitischen Unsicherheiten nehmen massiven Einfluss auf die Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit von elementaren Rohstoffen. Das belastet die bayerische Wirtschaft. Auf einer Pressekonferenz der vbw im Dezember 2022 wurde die von der IW Consult GmbH erstellte Studie *Rohstoffsituation der bayerischen*



1. Münchner Merkur, 10./11. Dezember 2022
2. Süddeutsche Zeitung, 11. Januar 2023
3. Münchner Merkur, 21. Januar 2023
4. Frankfurter Allgemeine, 10./11. November 2022
5. Münchner Merkur, 02. März 2023



Aus den Regionen



Oberbayern

Das jährliche Treffen des Vorstands der vbw Bezirksgruppe München-Oberbayern mit den oberbayerischen Landrät*innen fand diesmal bei der Roche Diagnostics GmbH statt. Roche Penzberg ist eines der größten Biotechnologie-Zentren in Europa. Bei einer Besichtigung des expandierenden Standortes gewährte das Unternehmen Einblicke in die Diagnostics Forschung in Penzberg und das Thema Nachhaltigkeit bei Roche. Vielen Dank für den interessanten Austausch!



17. November 2022, Penzberg
„Powerhouse für Antikörper“: vbw Bezirksgruppenvorstand und Landrät*innen zu Gast bei Roche

Thomas Benz, Vorsitzender, vbw Bezirksgruppe München-Obb. (6. von links) mit Mitgliedern des vbw Bezirksgruppenvorstands, Landräten und Vertretern des gastgebenden Unternehmens



28. März 2023, Straubing
vbw Pressegespräch

v.l.n.r.: Dr. Jutta Krogull, Geschäftsführerin, vbw Bezirksgruppe Niederbayern; Dr. Thomas Pröckl, Vorsitzender, vbw Bezirksgruppe Niederbayern; vbw Vorstand Günter Winter, Geschäftsführer, Stadtwerke Straubing GmbH; Martin Tanne, Geschäftsführer, Tanne Kunststoff GmbH, Hunderdorf

Niederbayern

Dr. Thomas Pröckl wurde im Februar als Vorsitzender der Bezirksgruppe wiedergewählt, Walter Sennebogen und Rose-Marie Wenzel als stellvertretende Vorsitzende

bestätigt. Die Vorstandsmitglieder erhielten im Rahmen ihrer Sitzung interessante Einblicke in die faszinierende Welt der Sennebogen Bagger und Kräne. Dass die niederbayerische Wirtschaft mehr Dynamik beim Umbau des Energiesystems sowie schlankere Planungs- und Genehmigungsverfahren benötigt, machten Dr. Thomas Pröckl, vbw Vorstand Günter Winter und Martin Tanne, Geschäftsführer der Tanne Kunststoff GmbH, anlässlich eines Pressegespräches im März in Straubing deutlich.



24. Februar 2023, Regensburg
vbw Pressegespräch

Johannes Helmberger, Bezirksgruppenvorsitzender, vbw; Matthias Werner, Leiter Regionen und Services, vbw; Hans Jürgen Nägerl, vbw-Vorstandsmitglied, vbw

Oberpfalz

Um dem Fach- und Arbeitskräftemangel langfristig zu begegnen, ist die Oberpfälzer Wirtschaft auf eine gesteuerte und qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland angewiesen. Beim Pressegespräch am 24. Februar 2023 forderten die vbw-Bezirksgruppenvorstände Johannes Helmberger und Hans Jürgen Nägerl mehr Dynamik beim Umbau des Energiesystems. Wichtig seien Technologieoffenheit und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Nach 33 Jahren ist die Geschäftsstelle Regensburg am 15. November 2022 in hochmoderne neue Büroräume umgezogen. Sie erreichen uns nun in der Kastenmaierstraße 1, Regensburg.



17. Januar 2023, Thurnau
18. Neujahrsempfang Oberfranken

v. l. n. r.: Patrick Püttner, Geschäftsführer, vbw Bezirksgruppe Oberfranken; Heidrun Piwernetz, Regierungspräsidentin, Oberfranken; Clemens Dereschkewitz, Geschäftsführer, Glen Dimplex Deutschland GmbH; Helmut Markwort, MdL; Prof. Reinhard Büchl, Institutsleiter, Inas GmbH; Henry Schramm, Bezirkstagspräsident, Oberfranken; Thomas Nagel, Geschäftsführer, Akademie für Neue Medien Kulmbach

Oberfranken

Auf dem 18. Neujahrsempfang wurde bekräftigt, dass eine gesicherte Energieversorgung wichtigste Voraussetzung für die oberfränkische Wirtschaft ist, um die Transformation zu meistern. Professor Reinhard Büchl gab in seinem Vortrag „Unternehmen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“ dazu wertvolle Impulse. Helmut Markwort wurde auf dieser Veranstaltung mit dem Johann-Georg-August-Wirth-Preis der Akademie für Neue Medien in Kulmbach ausgezeichnet.



US-Generalkonsul Timothy Liston beim 19. Frühjahrsgespräch

Mittelfranken

Beim 19. Frühjahrsgespräch Mittelfranken am 22. März 2023 betonte US-Generalkonsul Timothy Liston die Wichtigkeit der Handelsbeziehungen zwischen den USA und Bayern. Im Jahr 2022 sind die bayerischen Ausfuhren in die USA um 26,3 Prozent auf gut 25,2 Milliarden Euro gestiegen. Damit waren die USA der größte Exportmarkt für Waren aus Bayern. Marcus Flemming wurde am 15. Februar 2023 als Nachfolger von Michael Fritzsch zum stellvertretenden Vorsitzenden der Bezirksgruppe gewählt. Neu im Vorstand ist Karlheinz Beer.

Schwaben

Ende 2022 bestätigte der vbw Bezirksgruppenvorstand Philipp Erwein Prinz von der Leyen erneut als Vorsitzenden. Werner Ziegelmeier sowie Dr. Markus Partik wurden als Stellvertreter gewählt. Der schwäbische Bezirksgruppenvorstand besteht derzeit aus 22 Mitgliedern, die von den einzelnen Wirtschaftsgruppen delegiert wurden. Die vbw Bezirksgruppe Schwaben begrüßte zu ihrem 29. Neujahrsempfang im Augsburgener Rathaus zahlreiche Gäste aus der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Gastredner war Prof. Dr. Carlo Masala, Universität der Bundeswehr. Er ordnete die aktuelle geopolitische Lage ein, zeigte Konsequenzen auf und gab einen Ausblick auf die wirtschaftlichen Folgen im Freistaat. Prinz von der Leyen sprach in seinem Grußwort über die wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges und die Sicherheitslage aus der Perspektive der vbw.



Philipp Erwein Prinz von der Leyen beim 29. Neujahrsempfang



14. November 2022, Rottendorf
Zukunftsforum Unterfranken

v. l. n. r.: Michael Bischof, Geschäftsführer, vbw Bezirksgruppe Unterfranken; Prof. Dr. Carlo Masala, Professur für internationale Politik, Universität der Bundeswehr, München; Wolfgang Fieber, Vorsitzender des Vorstands, vbw Bezirksgruppe Unterfranken; Karl-Heinz Burkhart, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands, vbw Bezirksgruppe Unterfranken

Unterfranken

Die Arbeit war geprägt von der Corona-Pandemie, dem Russland-Ukraine-Krieg und Energiethemen. In der vbw Vorstandssitzung am 14. November 2022 ging es unter anderem um „Autarke kommunale Energieversorgung“ und am 17. Januar 2023 in einem Pressegespräch um das Thema „Neue Energiewelt“. Beim hybrid durchgeführten 47. Zukunftsforum am 14. November 2022 sprach online zugeschaltet Prof. Dr. Nils Goldschmidt zum Thema „Nicht am Abgrund – warum unsere Gesellschaft trotz existenzieller Krisen nicht kippen wird“. Am 27. April 2023 referierte der Militärexperte Prof. Dr. Carlo Masala beim hybrid durchgeführten 48. Zukunftsforum in Rottendorf vor ca. 160 Gästen zum Thema „Die aktuelle Sicherheitslage in Europa und die Auswirkungen auf die Wirtschaft in Bayern“.

vbw Gremium

Präsident



Dipl.-Betriebswirt Wolfram Hatz
Vorsitzender des Beirats und Gesellschafter
Motorenfabrik Hatz GmbH & Co. KG,
Präsident vbw

Vizepräsident*innen

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer vbw – Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e.V., München

Dipl.-Ing. Josef Geiger

Geschäftsführender Gesellschafter Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG,
Präsident Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

Stefan Grenzebach

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.

Dr. Christian Hartel

Mitglied des Vorstands Wacker Chemie AG,
Vorsitzender Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
und Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Bayern
Mitglied im VCI Präsidium

Ilka Horstmeier

Personalvorständin und Arbeitsdirektorin,
Mitglied des Vorstands BMW AG

Ernst Läger

Persönlich haftender Gesellschafter Benno Marstaller KG,
Präsident Handelsverband Bayern e.V.

Dipl.-Ing. Christoph Leicher

Geschäftsführer Leicher Engineering GmbH, Präsident Landes-
verband Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen
Bayern e.V.

Dr. Markus Litpher

Mitglied des Vorstands Lechwerke AG, Vorsitzender AGV
Bayerischer Energieversorgungsunternehmen

Angelique Renkhoff-Mücke

Vorstandsvorsitzende WAREMA Renkhoff SE, Tarifverhandlungs-
führerin vbm, Mitglied im Präsidium und Vorstand vbm

Dr. Markus Rieß

Vorsitzender des Vorstands ERGO Group AG, Arbeitgeberverband
der Versicherungsunternehmen in Deutschland e.V.,
Mitglied des Vorstands Münchner Rückversicherung AG

Dr. Klaus-Peter Röhler

Vorstandsvorsitzender Allianz Deutschland AG, Arbeitgeberverband
der Versicherungsunternehmen in Deutschland e.V.

Dr. Christian Heinrich Sandler

Vorsitzender des Vorstands Sandler AG, Präsident Verband der
Bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie e.V.

Winfried Schaur

Vorstandsmitglied UPM, Geschäftsführer UPM Deutschland,
Präsident Verband DIE PAPIERINDUSTRIE e.V.

Erich Schulz

Geschäftsführer Erich Schulz GmbH & Co. KG,
Vorsitzender Unternehmerverband bayerisches Handwerk,
Vorstand/Landesinnungsminister Fachverband Sanitär,
Heizungs- und Klimatechnik Bayern

Hubert Schurkus

Vorsitzender des Vorstands Bildungswerk der Bayerischen
Wirtschaft (bbw) e.V.

Michael Schwarz

Zahnarzt, Präsident Verband Freier Berufe in Bayern e.V.

Stephanie Spinner-König

Managing Director Spinner GmbH, Vorsitzende ZVEI –
Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie e.V.,
Landesstelle Bayern

Ehrenpräsidenten

Alfred Gaffal

Dr.-Ing. E. h. Eberhard von Kuenheim
Prof. Randolph Rodenstock

Das vollständige aktuelle Gremium
finden Sie unter folgendem Link:
www.vbw-bayern.de/praesidium

Webcode
VBWGR

Stark für Bayern

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. ist die freiwillige, branchenübergreifende Interessenvereinigung der bayerischen Wirtschaft. Wir vertreten die gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Interessen von 155 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden sowie 47 Fördermitgliedern. So erhalten wir den Freiraum für wirtschaftliches Handeln und sichern gleichzeitig den sozialen Frieden.

www.vbw-bayern.de

Sie finden uns auch auf



Thematische
vbw Microsites

www.fks-plus.de
www.vbw-ida.de
www.regional-datenbank.de

Newsletter Vip
Verbandsinformation personalisiert

Exklusiv für unsere Mitglieder:
Wöchentlicher Überblick über alle Themen
und Positionen der vbw. Jetzt anmelden unter
www.vbw-bayern.de/vip

Ansprechpartner

Tobias Rademacher
Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

T 089-551 78-399
tobias.rademacher@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber
vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
www.vbw-bayern.de

© vbw Mai 2023

Konzeption und Realisation
gr_consult gmbh
vbw@gr-consult.net

Bildnachweis
Getty Images: Seite 01, 17, 19;
Istock: Seite 03, 05, 07, 09, 10, 11, 12, 13;
Westend61: Seite 15; alle anderen Bilder vbw
oder direkt gekennzeichnet
